



• DIE GRÜNEN IM RAT • Rathausplatz 10 • 67059 Ludwigshafen •

Frau Bürgermeisterin  
Prof. Dr. Cornelia Reifenberg  
Stadtverwaltung  
Europaplatz 1  
67063 Ludwigshafen

**Stadtratsfraktion Ludwigshafen**

Hans-Uwe Daumann  
Monika Kleinschnitger  
Ibrahim Yetkin  
Heike Heß  
Dr. Bernhard Braun  
Heinz Zell

**Fraktionsbüro**

Rathausplatz 10  
67059 Ludwigshafen  
Telefon 0621-52 30 23  
Telefax 03222-246 420 8  
fraktion@gruene-lu.de  
www.gruene-fraktion-lu.de

Ludwigshafen, den 10.3.2018

**Anfrage zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.3.2018  
Bundesprogramm „Jugendsozialarbeit an Schulen“ der Jugendmigrationsdienste, Teilnahme der  
Stadt Ludwigshafen**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir bitten Sie folgende Fragen zu beantworten:

- Seit 1. März 2018 werden im Rahmen des Bundesprogramms „Jugendsozialarbeit an Schulen“ 172,5 Vollzeitstellen an 162 Standorten von Jugendmigrationsdiensten durch das BMFSFJ finanziert. Nimmt die Stadt Ludwigshafen an diesem Programm zur Prävention von religiös-begründetem Extremismus teil?
- Ggf. in welcher Kooperationsstruktur? Welche Schulen werden einbezogen?
- Liegen der Verwaltung ggf. Informationen vor, warum Ludwigshafen nicht berücksichtigt wurde?

**Begründung:**

Ab März 2018 unterstützt das Präventionsprogramm "Jugendsozialarbeit an Schulen" Jugendliche dabei, sich besser gegen religiös begründete Radikalisierung zu wehren. Damit Schülerinnen und Schüler als mündige Mitglieder der Gesellschaft gestärkt werden, bietet das Projekt "Jugendsozialarbeit an Schulen" ab März 2018 an bundesweit 162 Standorten sozialpädagogische Begleitung in der Schule und beim Übergang ins Berufsleben an. Partner bei der Umsetzung des Vorhabens "Jugendsozialarbeit an Schulen" sind neben den Ländern die Jugendmigrationsdienste, Schulen, Träger der Radikalisierungsprävention und der politischen Kinder- und Jugendbildung. Ab dem 1. März 2018 werden in 15 Bundesländern rund 172,5 Vollzeitstellen finanziert, die neben individueller Begleitung auch Gruppenangebote und Veranstaltungen in Schulen gemeinsam mit Trägern der politischen Bildung und der Radikalisierungsprävention anbieten.

Mit freundlichen Grüßen,

Hans-Uwe Daumann  
Fraktionsvorsitzender